Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 2.40, bei täglich zweimaliger Zustellung ins Haus vierteljährlich ℳ 3.—. Durch unsere auswärtigen Ausgabestellen und durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern **10 Pf.**

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 153, Nr. 222, Nr. 1173.

Berliner Redaktions-Bureau:
Berlin NW. 7, Dorotheenstraße 83.
Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und
Handelszeitung.
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile für Leipzig und Umgebung 25 Pf., Familien-, Wohnungs- u. Stellen-Anzeigen, sowie An- u. Verkäufe 20 Pf. (Händler und Vermittler 25 Pf.), für auswärts 30 Pfg.
Finanzielle Anzeigen u. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle nach besonderem Tarif.
Reklamen 75 Pf., auswärts 1 Mk.
Für das Erscheinen an bestimmten Tagen u. Plätzen wird keine Garantie übernommen.

Anzeigen und Extrabeilagen nur in der **Morgen-Ausgabe**
Schluß der Annahme nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen-Annahme:
Augustusplatz 8, Ecke Johannisgasse.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10
(Telephon VI, Nr. 4603).

Filial-Expedition: Dresden, Marienstr. 34.

Nr. 380. **Sonntag** 29. Juli 1906. **100. Jahrgang.**

Das Wichtigste vom Tage.

* Eine Verordnung verschärft die Bestimmungen über die Einfuhr ausländischen Fleisches. (S. Dtschs. R.)

* Der preußische Arbeitsminister Breitenbach hat eine schärfere Ueberwachung der Schnellzüge durch Geheim-Polizisten angeordnet. (S. Dtschs. R.)

* Die badische Kammer hat die Abschaffung der Bestrafung des Amtsmißbrauchs durch Geistliche beschlossen. (S. Dtschs. R.)

* Zum Rektor der Universität Leipzig auf das Jahr 1906/07 wurde Geheimer Medizinalrat Professor Dr. Curschmann gewählt.

* In Warschau ist gestern gegen den Direktor der dortigen Tochtergesellschaft der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur, Louis Körber, heute ein Revolverattentat verübt worden. Körber wurde schwer verwundet.

* Die Truppen des Sultans von Marokko haben die Anhänger des Prätendenten am Malanjafluß geschlagen. (S. Ausl.)

Das Spiessbürgertum der deutschen Sozialdemokratie.

Gleich von drei Seiten auf einmal ist der deutschen Sozialdemokratie in den letzten paar Tagen vorgeworfen worden, sie sei in Dogmatik und Spießbürgertum erstarrt und zur Erfüllung praktischer Aufgaben gänzlich ungeeignet. James Ramsey Macdonald und Schippel attestierten ihr das in den „Sozialistischen Monatsheften", während Bernard Shaw sich zu dem gleichen Zweck das „Berliner Tageblatt" ausersehen hat. Das dabei verarbeitete Material ist zu umfangreich, um in einem Artikel besprochen werden zu können. Wir müssen uns deshalb daran genügen lassen, hier auf das gemeinsame Moment aufmerksam zu machen, das in den Ausführungen Shaws und Schippels zutage tritt, auf den Vorwurf der Verknöcherung in Dogmatik und Spießbürgertum, der bei dem immer wilder gewordenen Gebaren der deutschen Zielbewußten zunächst recht seltsam anmutet, von den Angreifern aber schlagend bewiesen wird. Als Voraussetzung für das Verständnis der ziemlich parallel laufenden Gedankengänge muß freilich stipuliert werden, daß die Hauptaufgabe jeder sozialistischen Partei die möglichst große Besserung der Lage der Arbeiterklasse sein sollte. Und daß die Mittel und Wege zu diesem Ziele viel weniger wichtig sind als das Ziel selbst. Eine Art Umkehrung des Revisionistensatzes: die Bewegung ist alles, das Endziel nichts. Der scheinbare Widerspruch zwischen diesem Lehrsatz und dem vorher angeführten ebenfalls revisionistischen löst sich bald, wenn man den Unterschied zwischen dem revisionistischen Ziel, der praktischen Besserung, und dem berühmten „Endziel", dem Kommunalismus, betrachtet. In dieser Unterscheidung liegt auch das Wesen der unversöhnlichen Gegnerschaft zwischen englischen und deutschen Sozialisten enthüllt. Tatsächlich wollen beide etwas ganz von einander Verschiedenes.

Es ist nun charmant, zu lesen, was Shaw von den endzielwütigen deutschen Genossen schreibt. Der bürgerlichen Kritik sagt er nichts Neues. Aber wie er es sagt, und daß es ein trotz der Spöttereien des „Vorwärts" ernst zu nehmender Sozialist sagt, gibt ihm Bedeutung. Wie Shaw mit dem Parteipapst Marx und seinem stets infallibeln Dogma umspringt, ist köstlich zu lesen. Und die Kritik des Ausländers wirkt in ihrem Stil um so ergötzlicher, als es ja noch nicht lange her ist, daß der Ruf von Jena erscholl: Wir müssen noch radialer werden. Demgegenüber höhnt Shaw:

„Die deutsche sozialdemokratische Partei ist die konservativste, die respektabelste, die moralischste und die bürgerlichste Partei Europas. Ihre Parteivertretung im Reichstag ist keine rohe Partei der Tat, sondern eine Kanzel, von der herab Männer von respektablem Alter und mit alten Ideen einer verworfenen kapitalistischen Welt eindrucksvolle Moralpredigten halten. Ihre Anhänglichkeit an ihren unfehlbaren, allwissenden Propheten Karl Marx und ihr Glaube an sein Buch, die „Bibel der arbeitenden Klassen", lassen sie in unserem skeptischen Zeitalter als ein Beispiel einfältigen Glaubens und einfältiger Pietät erscheinen. Mit Millionen von Stimmen zu ihrer Verfügung, widerstehen sie den Lockungen des Ehrgeizes und den realen Vorteilen, die ein öffentliches Amt mit sich bringt, und bezeichnen diejenigen, die sich von den Freuden tugendhafter Entrüstung zu den Arbeiten praktischer Verwaltung und zu den Verantwortlichkeiten eines Amtes wenden, als Abtrünnige und Verräter."

Das muß in den Augen der Nutzpolitikpropheten das Schlimmste sein, was ihnen gesagt werden kann. Und dabei ist es, soweit die praktische Seite sozialistischer Betätigung in Frage steht, unzweifelhaft richtig. Ungezählte Male ist den Sozialdemokraten von bürgerlicher Seite die Gelegenheit zur Mitarbeit in der Praxis geboten worden. In wievielen wichtigen Kommissionen, in wievielen einflußreichen staatlichen, kommunalen und privaten Aemtern böte sich tüchtigen Sozialisten die Möglichkeit wertvoller Arbeit, und zwar ohne daß ihnen irgendein Opfer ihrer Ueberzeugung zugemutet werden würde! Nur ein wenig Toleranz hätten sie zu lernen und zu üben. Aber so oft sind derartige Angebote mit Spott und Schimpf abgeschlagen worden, daß es heute in Deutschland selbst Naumann aufgegeben hat, an die Möglichkeit einer solchen Mitarbeit zu glauben. Also insofern ist dem Kritiker Shaw durchaus beizupflichten. Und auch das ist richtig, daß er die Ursache dieser bewußten Absonderung im Dogmenglauben, in der Einfältigkeit und dem Spießbürgertum der deutschen Genossen sieht. Der deutsche Sozialismus fürchtet sich einfach vor der Berührung mit der übrigen Welt. Er fürchtet für die Reinheit seiner Seele. Und er haßt noch immer die Kultur, die Schönheit und besonders heftig die Eleganz, wie das die Vorläufer von 48 taten, die Leute ohne Kragen, mit ungeschnittenem Haar und dem Knotenstock. Das Tragen von Lackstiefeln ist dem Dr. Südekum oft genug vorgeworfen worden, und wenn Frau Lily Braun weniger elegant wäre, würde sie sicher in der gesinnungstüchtigen Sozialistenpresse auch bessere Noten erhalten: Diese Beobachtung Shaws ist also richtig. Aber er irrt sich unseres Erachtens sehr, wenn er ein solches offensichtliches Spießertum nun auch für völlig harmlos hält. Darin liegt doch wohl eine auf das Sprachgefühl zurückzuführende Verwechselung des Sozialistenspießers mit dem bürgerlichen Exemplar des Spießertums. Gemeinsam ist diesen beiden wohl die starke Abneigung gegen alles Fremde und Ungewohnte, gegen geistige Anstrengung, gegen Schönheit und Eleganz. Aber das bürgerliche Spießertum ist nicht organisiert und hat außerdem auch noch seine Abneigung gegen Tumult und Radau und Unordnung. Die Sozialisten aber sind organisiert und fanatisiert. Und wenn diesen „Einfältigen" lange genug von der Kraftprobe vorgefabelt worden ist, so werden sie auch einfältig genug sein, sie zu machen. Die Proben haben wir ja erlebt. Und daß es mit diesen Zuckungen abgetan ist, darf man wohl wünschen, aber kaum hoffen. Und erst recht, wenn sich die praktische Unerfüllbarkeit der sozialdemokratischen Theorie herausstellen sollte, wenn die Probe auf das Exempel mißlingt, wie sie mißlingen muß, gerade dann wird die in Verzweiflung umgeschlagene weltfremde Gläubigkeit der sozialdemokratischen Herde gefährlich werden. Deshalb können wir leider der Ansicht Shaws über die Harmlosigkeit der deutschen Sozialdemokratie nicht zustimmen.

Wie Shaw hält auch Schippel der deutschen Genossenschaft einen Spiegel vor, aus dem ihr das Antlitz des beschränkten Spießers entgegensieht. Er bespricht in den „Sozialistischen Monatsheften" die Chicagoer Fleischtrustskandale und zeigt handgreiflich, wie der biedere deutsche Spießersozialist von den Führern nach einem emig feststehenden Schema an der Nase herumgezogen wird. 1903 wurde im „Handbuch für sozialdemokratische Wähler" darüber gespottet, daß das verbotene Corned Beef „offenbar nur für den deutschen Reichsangehörigen gesundheitsschädlich" sei. 1906 muß die sozialdemokratische Presse schweren Herzens zugeben, daß die Zustände in Chicago „die Kulturwelt mit Ekel und Schauder erfüllen". Und nun kommt der wirklich prächtige Saltomortale: Nachdem die Schweinereien nicht mehr zu leugnen sind, erklärt die sozialdemokratische Presse sie für selbstverständlich und unvermeidbar im Kapitalistenstaat. Also erst waren sie gar nicht da, und nun sind sie unvermeidbar. Es lebe das gute Gedächtnis und die Leichtgläubigkeit der sozialdemokratischen Wählermassen. Schippel hat recht, wenn er über diese Philisterseelen spottet. Und Shaw hat auch recht, wenn er diese Wichtigtuer als Dogmatiker nicht ernst nimmt. Das Böse bleibt nur, daß der Staat und die Gesellschaft sie ernst zu nehmen haben. Denn die Erfahrung des täglichen Lebens lehrt es uns nur zu eindringlich, daß Blödigkeit nicht ungefährlich macht.

* * *

Wir möchten hier noch einige Bemerkungen anschließen, die mit dem oben behandelten Thema nur in einem äußerlichen Zusammenhang stehen. In dem aus dem Englischen übersetzten Artikel Shaws im „Berliner Tageblatt" findet sich folgende arrogante Stelle: „Ich lasse mich durch das literarische und journalistische Genie Marx' nicht bläuen, weil ich selbst ein literarisches Genie und ein Journalist bin." Es wäre dem Uebersetzer zu raten gewesen, hier den englischen Originaltext in Klammern anzuführen. Sollte die Uebersetzung wirklich sinngetreu sein, so würde man, was übrigens bei Shaw nicht wundernehmen könnte, zu bedauern haben, daß der englische Schriftsteller sich durch diese Geschmacklosigkeit selbst um einen Teil des gewollten Eindrucks seines Artikels gebracht hat.

Schließlich: Der „Vorwärts", der den Artikel Shaws abdruckt, weiß nichts weiter zu sagen als: „In der Tat, Herr Shaw hat bei den geistigen Heroen des „Berliner Tageblattes" endlich seiner ebenbürtige Geister gefunden!" Wir erlauben uns dazu die Frage zu stellen: Seit wann regiert denn ebenbürtig den Genitiv? Sollte sich die Umkrempelungswut der „geistigen Heroen des Vorwärts" nun auch auf die deutsche Sprache erstrecken? Dreimal wehe! Was würde aus ihr unter den Händen der blutigen Rosa aus Russisch-Polen werden!

Deutsches Reich.

Leipzig, 29. Juli.

* **Die Kaiserreise.** Telegramm aus Odde vom 27. Juli nachts: Das wundervolle Wetter hat den Tag über angehalten und Seine Majestät unternahm von Odde aus einen vierstündigen Spaziergang, der der Wasserfälle halber höchst lohnend war. Morgen soll eine Partie nach dem Loatefoß stattfinden. An Bord alles wohl.

* **Neuer englischer Ministerresident in München.** Der bayerische Prinz-Regent empfing gestern mittag im kleinen Thronsaal der Residenz in feierlicher Audienz den neuernannten großbritannischen Ministerresidenten Cartwright, welcher dem Regenten sein Beglaubigungsschreiben überreichte.

* **Zur Eingeborenenfrage in Deutsch-Südwestafrika.** Unter diesem Titel hat Pastor Haußleiter, der Inspektor der Rheinischen Mission zu Barmen, in der D. Warneckschen „Allgem. Missions-Zeitschrift" 1906, Heft 1—4, einen lehrreichen Aufsatz geschrieben, der jetzt auch in einem Separatabdruck erschienen ist (Berlin, Verlag von Martin Warneck). Der Verfasser geht von den Verhandlungen des zweiten deutschen Kolonialkongresses im Oktober vorigen Jahres aus. Da hielt in der Sektionssitzung vom 7. Oktober Dr. Georg Hartmann-Hamburg einen Vortrag über den „Wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutsch-Südwestafrikas", der in den Sätzen gipfelte: „Es ist die gemeinsame Erkenntnis aller Kolonialfreunde geworden, daß die eingeborene Bevölkerung das wertvollste Gut unserer Kolonien ist." In seiner Arbeit setzt sich der Verfasser zunächst mit den bedeutsamsten Quellenschriften auseinander, die sich mit der in Rede stehenden Frage eingehender beschäftigen: die amtliche Reichstagsdenkschrift; die Aufzeichnungen von Konrad Ruff „Krieg und Frieden im Hererolande", und die Schrift von Kammergerichtsrat Dr. Felix Meyer: „Wirtschaft und Recht der Herero". Die Denkschrift stellt sich unbedingt auf den Boden der Kongo-Akte vom 26. Februar 1885, nach welcher sich die Mächte in Artikel 6 verpflichten, „die Erhaltung der eingeborenen Bevölkerung und die Verbesserung ihrer sittlichen und materiellen Lebenslage zu überwachen". Die Schrift von Rust, die durch ihren Herausgeber Dr. Förster den Mitgliedern des deutschen Reichstags kostenlos zur Verfügung gestellt ist und für viele die ausschließliche Quelle zu werden droht, aus der sie sich ihr Urteil über die Herero und die Herero-Mission bilden, atmet nach Haußleiter einen „grimmigen Rachedurst", der wohl durch eigene schwere Erlebnisse des Verfassers in Südwest zu erklären ist, aber doch tief beklagt werden muß. Dr. Felix Meyer dagegen mahnt, in der Beurteilung des Schuldmaßes der Herero und für ihre weitere Behandlung die eigenen Anschauungen des Volkes über politische Organisation, Erbrecht, Familienrecht, Sachenrecht, Fremdenrecht usw. in Rücksicht zu ziehen. In einem weiteren Abschnitt bespricht Haußleiter die Grundsätze und Ziele, die Pflichten und Maßnahmen der Eingeborenenpolitik. Der Verfasser fordert rückhaltslos den Grundsatz der Gerechtigkeit für die Lösung der Eingeborenenfrage. Unzweifelhaft ist durch die großen Opfer für Südwestafrika das Land nicht mehr Protektorats-, sondern Kolonialbesitz geworden; und die Unterdrückung des Aufstandes wie die Bestrafung der Schuldigsten ist nicht nur eine politische, sondern auch eine sittliche Pflicht. Aber das „Pulver und Blei"-Programm muß unbedingt aufgegeben werden. — Als wirtschaftliches Ziel betrachtet Haußleiter die Interessengemeinschaft aller Bewohner des Landes; als staatlich-soziales das geordnete, rechtlich bestimmte Nebeneinanderleben der verschiedenen Stände und Rassen, auch mit besonderer Vertretung der Eingeborenen bei der Regierung für ihre Angelegenheiten; als sittlich-religiöses Ziel die Brandmarkung aller Lüge und Roheit, Unmäßigkeit und Unzucht als eine Schande ohne Ansehen der Hautfarbe. Die Pflicht der Obrigkeit ist die Uebung strengster Gerechtigkeit und die Fürsorge für die Stammesreste, u. a. auch durch Aufhebung der Entscheidung des Kolonialamtes vom 8. Januar 1900, welche die früher geübte standesamtliche Eheschließung zwischen weißen Männern und farbigen Frauen verboten hat. Die demnächstigen Maßnahmen der Regierung behandelt Haußleiter mit Rücksicht auf die Aufständischen, die flüchtigen Feldbewohner, die Gefangenen und Zugelaufenen und die Treugebliebenen. In der Kaiserlichen Verordnung über die Entziehung des Vermögens der Eingeborenen vom 21. Dezember 1905 erblickt der Verfasser schwere Härten, in bezug auf welche er den dringenden Wunsch ausspricht, daß der Reichstag eine Erklärung des Kolonialamtes herbeiführen möge, wodurch die Besorgnisse über eine allzu drückende Ausführung zerstreut würden. Zum Schluß erörtert Haußleiter noch den gegenwärtigen Stand der konfessionellen Frage. Bisher ist die Ordnung für die Missionen die gewesen, daß die evangelische Mission unter den Bastards, Herero, Nama, Bergdamara und Ovambo wirkte, während der katholischen die Betschuanen, die Buschleute des Ostens und die Stämme am Okovango zufielen. Erst seit Niederwerfung des Hererooaufstandes beanspruchte die katholische Mission auch das alte Arbeitsgebiet der rheinischen Mission unter den Herero für sich. Sie forderte die Zuweisung der Hälfte aller Hererogefangenen, was ihr durch militärischen Machtspruch im November 1906 auch bewilligt ist. Selbst die elternlosen Kinder sind von der Regierung beiden Missionen zu gleichen Teilen zugesprochen worden, gleichviel, welcher Mission die Angehörigen oder Volksgenossen vor dem Aufstand angehörten.

* **Togo.** Der Gesamthandel des Schutzgebietes Togo im Jahre 1905 betrug 11 716 953 ℳ gegen 10 449 681 ℳ im Jahre 1904, so daß eine Zunahme gegen das Vorjahr von 1 267 272 ℳ zu verzeichnen ist. Davon entfielen auf die Einfuhr 7 760 314 ℳ gegen 6 898 323 ℳ im Jahre 1904 (also + 861 991 ℳ) und auf die Ausfuhr 3 956 639 ℳ gegen 3 551 358 ℳ im Vorjahre (also + 405 281 ℳ). Die sich aus diesen Zahlen ergebende Steigerung des Gesamthandels ist einerseits durch die starke Maisproduktion und -Ausfuhr, andererseits durch die gesteigerte Einfuhr von Materialien für den Bahnbau bewirkt worden. Die Ziffern hätten sich erheblich günstiger gestellt, wenn nicht infolge ungünstiger Niederschlagsverhältnisse im Jahre 1903 die Produktion von Palmenöl und Palmenkernen geringer geworden, und dadurch die Kaufkraft der Eingeborenen zum Teil verringert worden wäre. Diese ungünstigen Regenverhältnisse im sog. Oelpalmengürtel veranlaßten einen Rückgang der Ausfuhr von Palmenöl gegen das Vorjahr um 215 978 ℳ und von Palmenkernen um 385 749 ℳ. Wie sehr auch die Einfuhr hierdurch ungünstig beeinflußt wurde, zeigt sich an dem Rückgang der Einfuhr einer Reihe von Warengattungen im Jahre 1905 gegen 1904. Dagegen erfuhr durch die besseren Regenverhältnisse im Küstenstrich die Maiserzeugung eine derartige Steigerung, daß bei günstigen Preiskonjunkturen auf dem europäischen Markt 9 366 455 kg im Werte von 566 844 ℳ ausgeführt wurden, gegenüber dem Jahre 1904 mehr 8 706 862 kg im Werte von 527 899 ℳ. Von der Ausfuhr des Jahres 1905 gingen nach Deutschland allein 8 774 734 kg Mais im Werte von 537 135 ℳ. Von weiteren wichtigen Ausfuhrartikeln seien Rohbaumwolle und Kautschuk erwähnt. Die Ausfuhr der ersteren betrug 1906 133 920 kg im Werte von 89 473 ℳ, was eine Steigerung der Menge um 25 751 kg und des Wertes um 39 079 ℳ gegenüber 1904 bedeutet. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß die große Trockenheit der zweiten Hälfte des Jahres 1904 die Ernte ungünstig beeinflußte. Die Ausfuhrmenge an Kautschuk erfuhr dadurch eine Steigerung, daß die Eingeborenen am unteren Mono angefangen haben, Kautschuk aus einer früher nicht ausgebeuteten Feldkart zu gewinnen. Von dem gesamten Warenverkehr ausschließlich Geld (9 882 989 ℳ) entfielen mehr als ⅘, nämlich 7 882 895 ℳ, auf den Verkehr mit Deutschland, der dem Vorjahre gegenüber um 1 878 539 ℳ gewachsen ist. Außerdem hat nur noch der Verkehr mit England eine beträchtliche Steigerung erfahren, während der Verkehr mit den anderen Ländern teilweise erheblich zurückgegangen ist. Die Aufhebung der Zollvereinigung mit dem Quittahstrift der englischen Goldküstenkolonie, die Aufrichtung einer Zollgrenze am Volta hat eine bedeutende Einschränkung des Verkehrs mit diesen afrikanischen Nachbargebieten bewirkt. Die von dort bisher eingeführten bezw. dorthin ausgeführten Waren nehmen nunmehr ihren Weg über Lome. Demgemäß hat auch der Verkehr über die westliche Binnengrenze um 784 872 ℳ abgenommen, dagegen der Verkehr über die Küstengrenze um 1 236 334 ℳ zugenommen. — Die deutsche Togo-Gesellschaft hat die beschlossene Kapitalserhöhung von 750 000 ℳ auf 1 000 000 ℳ durchgeführt.

* **Ein Sozialdemokrat für das Kolonialamt.** Der der sozialdemokratischen Partei angehörende frühere Reichstagsabgeordnete R. Calwer erörtert im Juliheft der „Sozialistischen Monatshefte" die Ablehnung des selbständigen Kolonialamtes durch das Zentrum und bemerkt dazu: „Selbst Kolonialgegner müssen zugeben, daß, nachdem einmal Kolonien vorhanden sind, ihre Verwaltung in eingerichteter werden muß, daß sie gut funktioniert. Bis jetzt hat aber die Wirklichkeit gezeigt, daß der Kolonialdirektor viel zu wenig Einfluß besitzt, um den Mißständen in den Kolonien mit Erfolg entgegenzutreten. Daß durch eine größere Selbständigkeit des an der Spitze der Kolonialverwaltung stehenden Beamten wenigstens die Möglichkeit geschaffen worden wäre, die Verwaltung gründlich zu reformieren, das scheint der Zentrumspartei ganz entgangen zu sein. Es handelt sich im Grunde eben gar nicht um eine koloniale, sondern einfach um eine administrative Frage."

* **Fleisch-Untersuchung.** Ein Privattelegramm aus Berlin teilt uns mit: Der Bundesrat ordnete an, das Pökelfleisch fortan nur mit zugehörigen Lymphdrüsen einzuführen, um die Untersuchung sicherzustellen.

* **Unsere Strafprozeß-Ordnung.** Eine Lücke in der Strafprozeß-Ordnung hat in einem in Heidelberg verhandelten Beleidigungsprozeß bei der Kostenfrage zu einer Entscheidung geführt, die mit dem öffentlichen Rechtsbewußtsein nicht im Einklang steht. Ein den besseren Gesellschaftskreisen angehöriger Mann war zu einer 14tägigen Haftstrafe verurteilt worden, weil er ein Fräulein in zwei Briefen, die an einen Dritten gerichtet waren, schwer beleidigt hatte. Seine Berufung wurde verworfen und er mußte die Strafe verbüßen. Nachträglich behauptete er, zurzeit der Begehung der Tat geistesgestört gewesen zu sein, und da die Gutachten zweier Irrenärzte zu seinen Gunsten lauteten, wurde er im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochen und erhält aus der Staatskasse eine Entschädigung. Die Beleidigte aber wurde zur Tragung sämtlicher Kosten verurteilt. Sie hat also nicht bloß die ihr widerfahrene Verunglimpfung zu verschmerzen, sondern muß auch noch an Gerichts- und Anwaltskosten, an Zeugen- und Sachverständigen-Gebühren ein kleines Vermögen opfern! Und doch hat das Gericht genau nach Vorschrift des § 503 der Strafprozeßordnung entschieden! An einen Fall, wie den vorliegenden, hat eben der Gesetzgeber nicht gedacht! Im § 829 des bürgerlichen Gesetzbuchs ist der Grundsatz aufgestellt, daß unter Umständen auch der geistesgestört Gewesene den von ihm angerichteten Schaden „insoweit zu ersetzen hat, als die Billigkeit nach den Umständen, insbesondere nach den Verhältnissen der Beteiligten, eine Schadloshaltung erfordert". Die verurteilte Klägerin wird hoffentlich nicht versäumen, ihren zivilrechtlichen Anspruch auf Grund des B. G.-B. geltend zu machen. Die gesetzgeberische Ungeheuerlichkeit, daß der Ankläger eines geisteskranken Beleidigers zu einer schweren Geldstrafe verurteilt wird, muß natürlich so schnell als möglich aus der Welt geschafft werden. Selbstverständlich soll in einem solchen Falle der Fiskus die Kosten tragen! Aber St. Fiskus wird diese Reformen, wie jede andere, die nicht eine Reform zu seinen Gunsten ist, zu verschleppen verstehen.

* **Der schwarze Adler.** Die „Kreuzzeitung" hatte die Behauptung aufgestellt, Reichskanzler Fürst Bülow selbst habe die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an Herrn von Stadt bei dem Monarchen beantragt. Jetzt schreiben die häufig offiziös bedienten „Grenzboten" u. a.:

„Der Gedanke der Ordensverleihung beruht ausschließlich auf der persönlichen Initiative des Monarchen, nicht auf amtlicher Anregung. War der Kaiser aber einmal dazu entschlossen, so wäre es für den Ministerpräsidenten eine schwierige Aufgabe gewesen, der Auszeichnung eines Kollegen zu widerraten. Für diesen hatte ein solcher Einspruch des Ministerpräsidenten als consilium abeundi gelten müssen, das zu der Anerkennung des Monarchen in schwerem Gegensatz gestanden hätte. Es ist für den Ministerpräsidenten in Preußen von jeher eine heikle Sache gewesen, der Krone auf dieser ihrer eigensten Domäne entgegenzutreten, zumal wenn es sich um einen Kollegen handelt. Die Geschichte der Bismarckschen Zeit lehrt, daß auch ein in Ordensverleihungen im allgemeinen sehr zurückhaltender Monarch wie Kaiser Wilhelm der Erste darüber zu Differenzen mit seinem ersten Berater gelangen konnte."

Die „Kreuzztg." hatte mit ihrer Erfindung den Zweck verfolgt, die allgemeine Ansicht zu widerlegen, daß der König von Preußen über das Verdienst des Kultusministers unzureichend unterrichtet gewesen sei.

* **Polizeiliche Ueberwachung der Schnellzüge.** Der „Hannoversche Courier" meldet: Der neue preußische Verkehrsminister Breitenbach hat durch ministerielle Verfügung die schärfere Ueberwachung der Schnellzüge angeordnet, wozu in Zukunft außer dem Bahnhofspersonal auch Geheimpolizisten verwendet werden sollen.

* **Ein Zentrumssieg in Baden.** Die badische Zweite Kammer nahm gestern mit 28 gegen 27 Stimmen den Gesetzentwurf des Zentrums an über die Aufhebung der Paragraphen 16b und 16c des Gesetzes von 1874 über den Mißbrauch der Amtsgewalt der Geistlichen.

* **Absage an die Mittelstands-Vereinigung.** Die Steinsetzerinnung der Kreishauptmannschaft Zwickau hat sich dahin entschieden, daß der früher ins Auge gefaßte korporative Beitritt zur Mittelstands-Vereinigung nicht zu empfehlen sei. Auch verurteilte die Innung die Art, mit welcher die Mittelstands-Vereinigung durch die von ihr erlassenen gleichlautenden geheimen Rundschreiben und Resolutionen die Innungen beeinflussen will. Die Innung hat die Ueberzeugung gewonnen, daß die sächsische Mittelstands-Vereinigung ein Zweig der konservativen Partei sei und daß sie damit allerdings politische Tendenzen verfolge, wovon die Innungen sich fernzuhalten hätten.

* **Gärung im Ruhrgebiet.** Aus Bochum meldet ein Privattelegramm: Das sozialdemokratische „Volksblatt" berichtet über eine angebliche Gärung im Ruhrbergwerksgebiet, die sich hauptsächlich auf die Kohlenträger und Schlepper erstreckt. Auf der Zeche „Hannibal", wo die Schlepper mit Streik gedroht haben, ist ihnen eine Lohnerhöhung bewilligt worden. Auf der Zeche „Hannover" habe man den Führer der um eine Aufbesserung des Schichtlohnes eingekommenen Schlepper gemaßregelt und sofort Aufbesserungszugeständnisse gemacht.

SLUB
Wir führen Wissen.